

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,  
voraussichtlich  
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der  
Zentralvereine, den Vertrauensleuten  
der Gewerkschaften und den Redaktionen  
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:  
G. Legien,  
Zollvereins-Niederlage,  
Wilhelmstr. 8, I.

### Vergebliches Bemühen.

Wer da glaubt, daß die Mittel, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken, bei der Bourgeoisie erschöpft seien, täuscht sich. Immer Neues wird erfunden, um die Arbeiter in die Abhängigkeit eines früheren barbarischen Zeitalters zurückzudrängen, ihre Emanzipationsbestrebungen zu unterdrücken. Zu der ökonomischen Gewalt der Arbeitgeber kommen die Maßregeln der Behörden, Entscheidungen der Gerichte, welche den Gesetzen eine Auslegung geben, daß man noch kaum weiß, was eigentlich in unserer Gesellschaft Recht ist. Die brutale Anwendung der Maßregelung und Aussperrung der Arbeiter, welche in dem Arbeitgeber nicht ein höherstehendes Wesen sehen, reicht nicht zu, es müssen die Organe der öffentlichen Gewalt zu Hülfe kommen, um den heiligen Zweck, Unterdrückung der Arbeiterbewegung, zu erreichen. Und hier hat das Unternehmertum nie umsonst um Hülfe gebeten. Was haben wir nach dieser Richtung hin nicht in den letzten Jahren, was an neuen Mitteln nicht im verflochtenen Jahre über uns ergehen lassen müssen. Die Krone dieser Leistungen der Polizeibehörden war jedenfalls die Auflösung des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Alle anderen Parteien haben Organisationen, die offenbar gegen das Gesetz verstoßen, nur die Organisation der Partei der Arbeiter, der Unterdrückten und Elenden paßte sich dem Gesetze an. Die Leitung dieser Organisation wird aufgelöst, die Organisationen der anderen Parteien dürfen nach wie vor gesetzwidrig fortbestehen. Und das von Rechts wegen.

Doch nicht allein die politischen Emanzipationsbestrebungen werden von diesem Schicksal verfolgt, sondern auch der gewerkschaftliche Kampf, das Ringen nach besserer Lebenshaltung, nach höheren Kulturzuständen sucht man unmöglich zu machen. Auch auf diesem Gebiete brachte uns das letzte Jahr neue Erfahrungen und neue Ueberraschungen. In Sachsen wundert man sich über polizeiliche Maßregeln und sonderbare Gerichtserkenntnisse garnicht mehr, denn dort ist es schon so helle geworden, daß man vor Helligkeit garnicht mehr zum Wundern kommt. So war denn auch die Idee, die Warnung vor Zuzug nach einem Streik-

orte als groben Unfug zu betrachten, bisher eine besondere Eigenschaft sächsischer Behörden. Im letzten Jahre sind von dieser Idee glücklich auch preussische Behörden und Richter erfaßt worden und dürfte, nachdem ein Landgericht diese Idee aufgenommen hat, bald allgemein in Preußen die Warnung vor Zuzug bei Streiks als grober Unfug angesehen und an den Missethättern gestraft werden. Auch der Boykott gilt schon, ebenso wie in Sachsen — wo dies selbstverständlich ist —, auch in Preußen als grober Unfug. Bald sind wir nun soweit, daß als grober Unfug Alles gilt, was die Arbeiter unternehmen, um ihre Lage zu verbessern. Doch, es sind nur ein wenig abgeänderte Mittel zu dem alten Zweck, und mit einigen weiteren Abänderungen werden wir neue Auflagen dieser Mittel erleben. Aber was haben sie genügt, was werden sie weiter nützen? Den Zweck, den unsere Gegner erreichen wollen, werden sie nun und nimmer erreichen.

Gewiß, durch die unendlich komplizierten Gesetzesauslegungen, die den bestehenden Gesetzen einen ganz anderen Sinn geben, als der Gesetzgeber beabsichtigte, sind wir glücklich so weit gekommen, daß keine Arbeiterorganisation, keine Gewerkschaftsorganisation mehr davor sicher ist, eines schönen Tages von irgend einer Polizeibehörde in Preußen aufgelöst zu werden. Aber was würde man damit erreichen? Die Auflösung einer politischen Arbeiterorganisation wird die politische Propaganda nicht im Geringsten unterdrücken, eher noch verstärken. Die Auflösung einer Gewerkschaftsorganisation könnte höchstens die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Berufes hindern, die humanitären Einrichtungen der Organisation fortzuführen. Der Kampf, der Streik wird damit nicht aus der Welt geschafft, denn wenn das Unternehmertum, ungehindert durch eine Organisation, seinen Unterdrückungsgelüsten freien Lauf läßt, so wird die Arbeitseinstellung der letzte Akt der Verzweiflung der unterdrückten Arbeiter sein. Und diese Streiks dürften dem Unternehmertum weniger angenehm sein, als die von einer Organisation inszenierten. Man würde die organisierten Arbeiter bei Auflösung ihrer Organisation

die Auflösung  
es. Die Ver-  
schaft in den  
lich zu machen,  
Gewerkschaften  
Mitgliederlisten  
otome für das  
ter zu hindern.  
viele Arbeiter  
schaften fern-  
weiter erscheint  
der Behörden  
en Mitglieder-  
Maßregelung  
genug von den  
len gepredigt,  
ewichte seien.  
en Organisa-  
bestehen diese  
gewerkschaft-  
er wenigstens  
zu machen,  
eien erschöpft.  
machen, daß  
wird, um die  
zu heimmen.  
wird weitere  
wir Ursache,  
Bei all' den  
uth und das  
ochen. Man  
Kampf um  
fortbestehen.

erfte, ehe sie  
Organisation  
e verlorenen  
angespannt  
iederbestand  
eif erheblich  
se günstige  
ungseinrich-  
Es haben  
nicht näher  
man in den  
ungseinrich-  
s dies vor

erschiedener  
. J. theils  
losenunter-  
auf Bezug  
Vereins  
Arbeits-  
beitslosen-  
ne Anzahl  
en Deutsch-  
beitslosen-  
ese Unter-  
er insofern  
sselfen der

Unterstützungskasse beitreten können und ihre Rechte an diese verlieren, sobald sie der Mitgliedschaft im Verein verlustig gehen. Die Leistungsfähigkeit dieser Klassen wird dadurch, daß der Beitritt nicht obligatorisch ist, wesentlich vermindert, doch läßt sich erwarten, daß sie der Einführung der Arbeitslosenunterstützung als zentralisirte Einrichtung des Vereins die Wege ebnen. Diese wird nur eine Frage der Zeit sein, wenn die lokalen Unterstützungskassen sich bewähren. Auch in der Organisation der Schuhmacher wird von einflussreicher Seite darauf hingewirkt, daß eine Arbeitslosenunterstützung, wenn auch vorläufig von geringem Betrage, in dem Zentralverein eingeführt wird. Hier handelt es sich allerdings zunächst um einen Vorschlag, der diskutiert und der nächsten Generalversammlung zum Entscheid unterbreitet werden wird. So weit wir jedoch die Situation zu beurtheilen vermögen, ist die Annahme dieses Vorschlages wahrscheinlich.

Der Vorstand des Metallarbeiter-Vereins bespricht in einer Bekanntmachung, betreffend Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik, die auf den Generalversammlungen zu Tage getretenen, für und gegen das Unterstützungswesen gerichteten Strömungen. Wenn auch in dieser Bekanntmachung keineswegs für die Arbeitslosenunterstützung Pro-

paganda gemacht wird, so geht doch aus derselben hervor, daß auch im Metallarbeiter-Verein ein Theil der Mitglieder für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung eintritt. Der Vorstand gedenkt für das Jahr 1896 eine Statistik über die Arbeitslosigkeit der Mitglieder aufzunehmen. Die Aufnahme soll fortlaufend insofern sein, als jedes arbeitslose Mitglied verpflichtet wird, sich bei der Ortsverwaltung zu melden. Außerdem soll von Zeit zu Zeit an einem bestimmten Tage der Umfang der Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern festgestellt werden. Das Resultat dieser Erhebungen wird den Mitgliedern bekannt gegeben werden und wird zur Beurtheilung der Frage der Arbeitslosenunterstützung dienen. Dieser Weg ist durchaus zweckmäßig, und wäre zu wünschen, daß die Mitglieder sich der kleinen Mühe unterziehen, die Angaben über ihre Arbeitslosigkeit zu machen und somit einen sicheren Anhaltspunkt zu schaffen, um die Möglichkeit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung richtig beurtheilen zu können. Diese Anführungen zeigen, daß die prinzipiell ablehnende Haltung gegenüber der Arbeitslosenunterstützung auch in den Organisationen schwindet, in denen sie bisher Regel war. Zur Stärkung und Kräftigung der Gewerkschaftsorganisation wird der Ausbau des Unterstützungswesens sicher beitragen.

## Der Ausstand im englischen Schiffbaugewerbe.

Die „Labour Gazette“ berichtet, daß von dem Ausstand der Schiffbauer in Belfast und am Clyde-Flusse 4526 Arbeiter direkt und za. 6500 Arbeiter indirekt, insgesammt also za. 11000 Arbeiter, betroffen wurden. Es wurden wiederum Einigungsversuche im letzten Monat gemacht. Die Arbeitervertreter von Belfast forderten, daß eine sofortige Lohnerhöhung von einem Shilling pro Woche und das bindende Versprechen seitens der Arbeitgeber gegeben würde, vom ersten Zahltag im April 1896 ab eine gleiche Lohnerhöhung eintreten zu lassen. Diese Löhne sollten dann für den Zeitraum von vier Wochen unabänderlich bestehen bleiben und eine später vorzunehmende Minderung einen Monat vorher angezeigt werden. Unter diesen Bedingungen sollte die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden. Die Arbeitervertreter vom Clyde-Flusse verlangten eine sofortige Lohnerhöhung von  $\frac{1}{4}$  Pence (2 Pfennig) pro Stunde und von dem ersten Zahltag im April 1896 die gleiche Lohnerhöhung für alle Arbeiter, die weniger als  $7\frac{1}{4}$  Pence (62 Pfennig) pro Stunde verdienen. Die Kündigungsbedingungen sollten die gleichen sein wie für die Arbeiter von Belfast. Die Vertreter der Unternehmer lehnten diese Forderungen ab und machten ihrerseits folgende Vorschläge:

„Die Arbeitunternehmer bieten den Arbeitern von Belfast eine Lohnerhöhung von einem Shilling wöchentlich an. Diese Lohnerhöhung soll am 3. Februar beginnen und soll während eines Zeitraumes von sechs Monaten, vom 3. Februar an, unabänderlich in Kraft bleiben, irgend eine spätere Abänderung dieses Lohnsatzes soll von jeder Seite einen Monat vorher angezeigt werden. Die Arbeiter vom Clyde-Flusse betreffend, so bieten die Arbeitunternehmer eine Lohnerhöhung von  $\frac{1}{4}$  Pence (2  $\frac{1}{2}$ ) die Stunde, gleich wöchentlich ein Shilling

$1\frac{1}{2}$  Pence (M 1,12), allen Arbeitern, welche jetzt weniger als 7 Pence (58  $\frac{1}{2}$ ) die Stunde erhalten. Diese Lohnerhöhung soll sofort beginnen, dann eine weitere Lohnerhöhung, nachdem die vorige eingetreten ist, von weiteren  $\frac{1}{4}$  Pence die Stunde Mann für Mann. Diese letztere Lohnerhöhung soll am 3. Februar 1896 beginnen. Minderungen sind denselben Bedingungen unterworfen, wie sie für Belfast vorgeschlagen wurden.“

Die Bedingung, daß unter dem Begriff Arbeiter nur bestimmte Kategorien von Arbeitern zu verstehen sind, wurde von beiden Seiten akzeptirt.

Die Arbeitervertreter lehnten diese Vorschläge ab, erklärten sich aber bereit, dieselben den Streikenden zur Abstimmung zu unterbreiten. Von diesen wurden die Vorschläge fast einstimmig abgelehnt. Die Arbeiter versuchten auch, die fortgeschrittenen Lehrlinge zur Arbeitseinstellung zu bewegen und haben damit zum Theil Erfolg. In Belfast verursachte der Streik viel Noth und Glend und wurden den mittelbar vom Streik Betroffenen öffentliche Arbeiten überwiesen und zur Linderung der Noth eine Sammlung veranstaltet. Am Clyde-Flusse ist die Noth nicht so drückend geworden. Von dem Vorstand des Vereins der Maschinenbauer wurde ein Aufruf zur Unterstützung an die anderen Gewerkschaften gerichtet, doch sollen die eingehenden Beträge nur zur Unterstützung der Streikenden dienen, welche keiner Organisation angehören. Daß die Organisationen trotz der langen Dauer des Streiks die Zugeständnisse der Arbeitgeber ablehnen, beweist, daß sie sich ihrer Kraft bewußt und widerstandsfähig genug sind, die früher eingetretenen Lohnkürzungen wieder auszugleichen.

hindern, ihre arbeitslosen, reisenden, franken und invaliden Mitglieder zu unterstützen, man würde das Elend unter der arbeitenden Bevölkerung erhöhen, aber man wird nicht im Stande sein, die Arbeiter zu hindern, die Arbeit einzustellen, um sich gegen Unterdrückungen zu wehren oder bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Wäre es möglich, dies zu verhindern, so müßte es bei den fortgesetzten Verfolgungen der Gewerkschaftsorganisationen längst geschehen sein. Aber die Gewerkschaften sind größer und in sich geschlossen geworden, trotz aller Verfolgungen. Die im Aufblühen begriffene gewerkschaftliche Organisation der deutschen Arbeiter wurde durch das Sozialistengesetz fast vollständig vernichtet. Nur wenige Organisationen entgingen der Auflösung. Erst allmählig gelang es den Arbeitern in der Mitte der 80er Jahre, ihre gewerkschaftlichen Organisationen wieder zu errichten. Sofort aber begann auch auf's Neue die Verfolgung. Es wurde versucht, das Unterstützungswesen der Gewerkschaften als eine dem Versicherungsgeetze unterliegende Einrichtung zu stempeln. Die Gewerkschaften änderten die Einrichtungen und der Versuch scheiterte. Das Sozialistengesetz fiel, aber auch die folgenden Jahre sahen die Gewerkschaften sich keineswegs vor behördlichen Verfolgungen sicher. In Preußen, in Bayern, in Sachsen, überall im einigen freien Deutschland, wurden die Landesgesetze angewandt, um den gewerkschaftlichen Organisationen das Lebenslicht auszublafen oder ihnen das Leben so sauer wie möglich zu machen und ihren weiteren Ausbau zu hindern. Neben den Auflösungen von Zweigvereinen von Zentralverbänden und den unzähligen Bestrafungen von

Leitern der Zweigvereine kam dann die Auflösung des sächsischen Bergarbeiterverbandes. Suche, den Frauen die Mitgliedschaft Gewerkschaftsorganisationen unmöglich zu die Anforderungen, welche an die Gewerkschaft in Bezug auf Einreichung der Mitglieder gestellt wurden, sie alle sind Symptome Bestreben, die Organisation der Arbeiter zu

Es läßt sich nicht leugnen, daß viele infolge dieser Maßregeln den Gewerkschaften blieben. Dem unverständigen Arbeiter es gefährlich, sich unter die Aufsicht der Polizei und seinen Namen in der eingereichten Mitgliedsliste zu wissen. Die Gefahr der Maßregeln schwebt ihm vor, und man hat ja genug von Kanzeln und sonst geeigneten Stellen gehört, daß die organisierten Arbeiter böswichtige Viele mögen aus diesen Gründen den Organisationen fernbleiben, aber deswegen bestehen doch. Nach all' diesen Versuchen, den gewerkschaftlichen Organisationen die Existenz oder wenigstens das segensreiche Wirken unmöglich zu machen möchte man fast glauben, die Mittel seien erschöpft. Wir können uns aber darauf gefaßt machen, immer Neues unternommen werden wird, um die Thätigkeit der organisierten Arbeiter zu hemmen. Der Paragraph vom groben Unfug wird in Auslegungen erleiden. Doch, haben wir nicht genug zaghast zu sein? Keineswegs. Bei all' den Kämpfen und Erfahrungen ist der Muth und das Selbstvertrauen der Arbeiter nicht gebrochen. Kann die äußere Form beseitigen, der Kampf um Freiheit und Gleichberechtigung wird fortbestehen. Troz alledem!

## Bur Frage der Arbeitslosenunterstützung.

Einzelne Gewerkschaftsorganisationen haben auf ihren Generalversammlungen der Einführung der Arbeitslosenunterstützung gegenüber eine schroffe, ablehnende Haltung eingenommen. Die Einwendungen, welche gegen das Unterstützungswesen gemacht wurden, waren theils prinzipieller, theils materieller Natur. Prinzipiell insofern, als man behauptete, daß die Unterstützungseinrichtungen der Organisation den Charakter einer Kampforganisation nehmen, materiell, indem angenommen wurde, die Mitglieder würden die erforderlichen hohen Beiträge nicht leisten oder nicht leisten können und den Organisationen den Rücken kehren.

Die Zahl der Anhänger der Arbeitslosenunterstützung hat aber ständig zugenommen, und wird die Frage auch in den Organisationen diskutiert, in denen bisher die ablehnende Haltung gegenüber der Arbeitslosenunterstützung fast von allen Mitgliedern getheilt wurde. Verschiedene Ursachen sind es, welche diesen Umschwung der Meinung herbeigeführt haben.

Von nicht geringem Einfluß dürften die Vorgänge, welche sich in den letzten drei Jahren in der Buchdruckerorganisation abspielten, gewesen sein. Wir haben bisher immer das traurige Schauspiel erleben müssen, daß eine Organisation nach einem unglücklich verlaufenen Kampfe Mit-

glieder verlor und langer Zeit bedurfte, ehe sie sich von dem Schlage erholte. Die Organisation der Buchdrucker, deren Kräfte bei dem verlor den Streik von 1891/92 auf's Neueste angegriffen wurden, hat nicht nur ihren Mitgliederbestand erhalten, sondern kurz nach dem Streik erhebliche an Mitgliedern gewonnen. Und diese gute Wirkung war die Folge der Unterstützungseinrichtungen des Verbandes der Buchdrucker. Es haben aber auch andere Dinge, die wir hier nicht näher erörtern wollen, dazu geführt, daß man in den Gewerkschaften allgemein den Unterstützungseinrichtungen sympathischer gegenübersteht, als dies drei bis vier Jahren der Fall war.

So enthalten die Fachorgane dreier verschiedener Organisationen im Monat Dezember d. J. ihre Vorschläge für Einführung der Arbeitslosenunterstützung, theils Mitteilungen, welche darauf bestehen, haben. Die Generalversammlung des Vereines der Graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen lehnte die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ab. Nun einigten sich eine Anzahl Mitglieder aus den verschiedensten Städten Deutschlands dahin, ein Statut für lokale Arbeitslosenunterstützungskassen auszuarbeiten. Diese Unterstützungskassen stehen mit dem Verein nur insofern in Verbindung, als nur Mitglieder desselben

## Kongresse und Generalversammlungen.

### Internationaler Kongreß der Lithographen, Stein drucker u. Berufs- genossen.

Es besteht die Absicht, zum August nächsten Jahres einen Kongreß der Lithographen, Stein drucker und Berufsgenossen nach London einzu berufen. Die Anregung dazu ist von Berlin aus gegangen, und fünf der hauptsächlichsten englischen Berufsvereine der Branche haben ein Comité mit der Ausarbeitung der nothwendigen Einzelheiten betraut. Daß von diesem Comité verfaßte Ein ladungsschreiben wird in den nächsten Tagen zum Versand kommen und enthält dasselbe neben den allgemeinen einleitenden Bemerkungen folgende Punkte, welche dem Kongreß als Diskussionsbasis dienen sollen:

1. Zwecke und Ziele der Fachvereine
2. Wie verhalten sich die Regierungen in verschiedenen Ländern zu den Fachorganisa tionen?
3. Die allgemeinen Methoden der Leitung in den verschiedenen Ländern
4. Art der Unterstützung: Kranken-, oder Arbeitslosenunterstützung;
5. Unterstützung reisender Mitglieder;
6. Unterstützung im Falle eines Streiks oder einer Sperre;
7. Arbeitszeit und Arbeitsverhältnisse
8. Schnelligkeit der Produktion;
9. Lohnverhältnisse;
10. Ueberstunden;
11. Beschränkung der Anzahl der Lehrlinge;
12. Beschäftigung weiblicher Arbeiter.

### Quittung über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit 7. bis 28. Dezember 1895 eingegangene Gelder.

Quartalsbeitrag (3. Quartal 1895)	Zentralverband der Maurer . . . . .	M.
"	(2. u. 3. Quartal 1895) Verband der Kürschner . . . . .	"
"	(4. Quartal 1895) Zentralverband der Glaser . . . . .	"
"	(3. " 1895) Verband der Glasarbeiter . . . . .	"
"	(Restbeiträge) Metallarbeiter . . . . .	"
"	(verschiedene Quart.) Unterstützungsver. der Tabakarb. Fil. Ottenjen *)	"

\*) Der Betrag von M. 100 ist uns von den organisirten Tabakarbeitern als Quartalsbeitrag für frühere Zeiten mit dem Ersuchen übersandt, mit der Quittung gleichzeitig die nachstehende Resolution zu veröffentlichen: „Die organisirten Tabakarbeiter Ottenjens bedauern den im Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter gefaßten Beschluß, daß keine Beiträge seitens des Vereins an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gezahlt werden sollen. Die organisirten Tabakarbeiter Ottenjens sehen in der Generalkommission die Vertretung aller gewerkschaftlich organisirten Arbeiter Deutschlands, sie wollen ein Theil des Ganzen sein und Pflichten und Rechte mit der Gesamtheit theilen. Sie beschließen zum Beweise dessen, der Generalkommission aus örtlichen Mitteln M. 100 zu überweisen.“

